

Europa verpflichtet – Die Rolle Deutschlands und Mitteleuropas im europäischen Einigungsprozess.

Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik

Rede auf dem Deutsch – Tschechischen 31. Bundestreffen der Ackermann – Gemeinde am 4. August 2009 in Pilsen

Exzellenzen,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Landsleute,

gerne bin ich der Einladung der Ackermann – Gemeinde nach Pilsen gefolgt. Dafür gibt es drei Gründe:

1. Mit Begeisterung spreche ich in der tschechischen Republik über, aber vor allem **für** den europäischen Einigungsprozess. Denn es gibt in Prag einen prominenten Widerpart, der einmal nach einer Rede von mir zur Europapolitik sagte: „Herr Teltschik, ich muss Ihnen sagen, dass ich mit Ihnen überhaupt nicht übereinstimme“. Das war Präsident Vaclav Klaus. Das hatte ich aber vorher gewusst, deshalb war mein Plädoyer für die europäische Integration auch besonders leidenschaftlich ausgefallen. Ich bin ein begeisterter Europäer und werde es gerade als Sudetendeutscher immer bleiben.

2. Ein Grund dafür liegt in meiner Familiengeschichte. Mein Vater war Soldat in beiden Weltkriegen, 14 Jahre seines Lebens, zweimal in russischer Gefangenschaft, schwer verwundet und am Ende die Flucht nach Deutschland. Mein ältester Bruder ging in Pilsen zur Schule. Er wurde 1944 mit 14 Jahren zur Wehrmacht eingezogen und nach sechs Wochen Ausbildung als Soldat eingesetzt, um sich dann allein nach Bayern zur Familie durchzuschlagen. Solche Schicksale dürfen sich in Europa nie mehr wiederholen: Nie wieder Krieg! Nie wieder Holocaust! Nie wieder Vertreibung und Flucht! Nie wieder Faschismus oder Kommunismus! Das ist die Lehre für uns alle. Die erfolgreichste Antwort darauf bleibt die Idee der europäischen Integration!

3. Am 8. März 1986 habe ich auf der Hauptversammlung der Ackermann – Gemeinde in Augsburg über „Grundsätze einer europäischen Friedenspolitik“ gesprochen. Weniges könnte ich davon heute wiederholen. Aber wer von uns hat damals geahnt, welche revolutionären Veränderungen sich drei Jahre später für uns Deutsche, für die Europäer, ja für die ganze Welt vollziehen würden? Und es war eine friedliche Revolution. Der katholische Theologe Professor Eugen Biser hat aus meiner Sicht zu Recht gesagt, dass damals eine höhere Gewalt mitgewirkt habe.

Lassen Sie mich die Ergebnisse der Jahre 1989 – 1991 noch einmal kurz in Erinnerung rufen, weil die Schnelllebigkeit unseres Lebens alles so schnell vergessen macht. Wir alle waren damals Zeugen revolutionärer Umwälzungen. Geschichte wurde geschrieben:

- Deutschland wurde nach dem Fall der Mauer innerhalb von 329 Tagen wieder vereinigt, ohne dass ein Schuss gefallen ist. Alle Nachbarstaaten haben zugestimmt. Nach 45 Jahren erhielt Deutschland seine volle Souveränität zurück.
- Die Oder – Neiße – Grenze wurde endgültig und friedlich geregelt.
- Der Warschauer Pakt hat sich friedlich und fast lautlos aufgelöst.
- 500.000 russische Soldaten sind aus Mitteleuropa friedlich abgezogen.
- Im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle wurden weit reichende Ergebnisse erreicht wie nie zuvor in der Geschichte.
- Der Ost – West – Konflikt ist beendet; die Spaltung Europas überwunden.
- Die Sowjetunion hat sich friedlich in 15 souveräne Republiken aufgelöst.
- Die Ideologie des Marxismus / Leninismus mit ihrem globalen und totalen Machtanspruch ist auf der Müllhalde der Geschichte gelandet.

- Noch nie hat es auf dieser Welt so viele Demokratien und Marktwirtschaften gegeben als heute.

Welch' eine Bilanz! Welch' ein Kapital, das uns die Geschichte am Ende des blutigsten Jahrhunderts der Menschheitsgeschichte übergeben hat. Alle diese revolutionären Veränderungen haben sich friedlich vollzogen. Wuchern wir mit diesem Kapital? Haben wir alle Chancen genutzt, die sich in diesen Jahren eröffnet haben?

Im November 1990 haben alle 35 Staats- und Regierungschefs auf dem KSZE – Gipfel in Paris die „Charta für ein neues Europa“ unterzeichnet. Sie wollten mit dieser Charta „ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit“ einleiten. Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas sei zu Ende gegangen. Die Beziehungen sollen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen. In Europa soll ein „neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit“ anbrechen. Gemeinsame Leitlinien wurden festgelegt, nach denen das neue Europa gestaltet werden sollte. Mit der KSZE sollte ein Mechanismus entwickelt werden, um Konfrontationen zu vermeiden, Krisen zu beherrschen und Konflikte friedlich zu beenden.

Welch' eine Vision! Welch' ein Traum! „I have a dream...“, begann der amerikanische Bürgerrechtler Martin Luther King seine berühmteste Rede. Sollte ein gemeinsames freies und demokratisches Europa von Vancouver bis Wladiwostok nicht unser Traum sein? In seiner Aachener Rede am 9. Mai 1991 erklärte der französische Präsident Francois Mitterand: „Europa hatte lange nicht so viele Gründe zur Hoffnung“.

„Wer keine Vision hat, kann weder große Hoffnungen erfüllen noch große Vorhaben verwirklichen. Visionen sind eine Führungsaufgabe. Sie haben eine Wirkung in sich, weil sie Menschen begeistern können, Energien freisetzen und damit entscheidend dazu beitragen, dass eine Vision keine Illusion bleibt, sondern in der Zukunft zur Realität wird“. Das sagte kein Politiker, sondern ein Wirtschaftsführer, Helmut Maucher, als langjähriger, außerordentlich erfolgreicher Vorsitzender des Nestlé – Verwaltungsrates. Seine Worte gelten erst recht für die Politik.

Am 19. September 1946 hat Winston Churchill in Zürich als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg von den „Vereinigten Staaten von Europa“ gesprochen. Was wäre aus dieser Vision geworden, wenn nicht Männer wie Robert Schumann, Konrad Adenauer und Alcide de Gaspari sich dieses Ziel zu eigen gemacht und 1957 die Römischen Verträge unterzeichnet hätten?

1990 ist uns Europäern zum ersten Mal in der Geschichte unseres Kontinents die vielleicht unwiederbringliche Chance eröffnet worden, ein gemeinsames europäisches Haus zu bauen, eine Gemeinschaft freiheitlicher und rechtsstaatlicher Staaten, in der jedem Mitglied seine Sicherheit garantiert ist.

Nichts könnte diesen von zahllosen Kriegen durchfurchten und vom Blut von Millionen Menschen getränkten Kontinent dauerhafter Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand gewähren als eine solche Gemeinschaft auf der Grundlage einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung.

Die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir sagte einmal: „Wer keinen Traum hat, ist kein Realist“.

Zwei Lehren müssen wir aber aus den Ereignissen von 1989/90 ziehen und sie gelten bis heute:

1. Das anfängliche und überraschende Zögern von Präsident Mitterand, die Einigung Deutschlands zu unterstützen, lag in der Sorge begründet, dass ein geeintes und größeres Deutschland den europäischen Integrationsprozess vernachlässigen, wenn nicht sogar aufkündigen könnte. Deutschland und Frankreich waren unter Adenauer und de Gaulle, Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing, Mitterand und Helmut Kohl die Motoren des europäischen Einigungsprozesses. Sie wussten, dass ihr eigenes Gewicht und ihr Einfluss um

so größer waren, je enger sie zusammen arbeiten. Heute stottert der deutsch – französische Motor.

Helmut Kohl hat noch im Januar 1990 auf diese französische Sorge reagiert und eine gemeinsame Initiative für eine Politische Union vorgeschlagen, die auf dem EG – Gipfel im April 1990 in Dublin beschlossen wurde. Es folgte die Wirtschafts- und Währungsunion und die Einführung des EURO. Helmut Kohls persönliches Ziel war es, die europäische Integration irreversibel zu machen.

2. Die andere große Sorge, die unsere westlichen Partner bewegte, war: Wird das geeinte und größere Deutschland Mitglied der NATO bleiben oder zukünftig eine ungebundene oder gar neutrale Politik betreiben? Im letzteren Fall hätten wir die Zustimmung und Unterstützung aller verloren, vor allem auch der USA. Doch die Entscheidung für die NATO – Mitgliedschaft eines geeinten Deutschland stand bei Helmut Kohl nie in Frage. Auch hier gilt: Eine unauflösbare Partnerschaft in Verantwortung und Wertebewusstsein zwischen den europäischen und nordamerikanischen Demokratien erhöht unser Gewicht in der Welt. Welche andere Alternative hätten wir denn? 1989/90 waren die USA mit Präsident George Bush unsere wichtigsten Partner.

Die Schlussfolgerungen aus diesen Erfahrungen liegen auf der Hand. Die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union und in der Atlantischen Allianz gehören zu unserer Staatsräson. Beide Allianzen waren die Voraussetzung dafür, dass Deutschland wieder geeint werden konnte. Das waren zwei Seiten einer Medaille. Die Europäer haben mit der EU auch den Beweis erbracht, dass Erzfeinde wie Deutschland und Frankreich enge Freunde werden können. Das hatte Wirkung auch in den Warschauer Pakt hinein.

Außerdem müssen wir Deutsche wissen: Das geeinte Deutschland im Herzen Europas ist für unsere Nachbarn nur erträglich, wenn wir Partner und Verbündete in der EU und in der NATO bleiben. Viele Deutsche sind sich dessen nicht bewusst. Die Diskussionen, die wir bis heute in Polen, aber auch zum Teil in der tschechischen Republik und in anderen Nachbarländern erleben, bestätigen dies. Deutsche Alleingänge lösen sofort höchste Nervosität aus. Deshalb brauchen wir auch zukünftig die NATO für uns selbst, auch wenn unsere russischen Partner das nicht wahrhaben wollen.

Wie hoch die Erwartungen nach den Ereignissen von 1989/90 waren, beweist die Aussage von Bundeskanzler Helmut Kohl noch am 6. Dezember 1991, als er beim Jahresempfang des Diplomatischen Corps sagte: „Wir sind in eine Phase der Weltpolitik eingetreten, die die große Chance bietet, gemeinsam eine Zukunft in dauerhaftem Frieden und gesicherter Freiheit zu bauen“. Doch der erste Irakkrieg und der Krieg in Jugoslawien zeigten bereits auf, welch' weiter Weg vor uns liegt Die heiß diskutierte Frage nach der Friedensdividende hatte sich damit sehr schnell erledigt.

Fünf Prozesse gewannen jedoch schnell an neuer Dynamik:

1. Der Anpassungsprozess der NATO an die sich veränderten internationalen Rahmenbedingungen. Die Strategie wurde wiederholt überarbeitet. Anlässlich des 60. Jahrestages ihrer Gründung haben die Mitgliedsstaaten erst in diesem Frühjahr erneut den Auftrag zur Überarbeitung der Strategie erteilt. Die NATO sucht noch immer ihre zukünftige Rolle. Die out – of – area – Einsätze im Kosovo – Krieg und seit acht Jahren in Afghanistan sowie die Terrorakte am 11. September 2001 in den USA haben die Frage nach dem zukünftigen Verantwortungsbereich aufgeworfen. Soll die NATO nur regionale Verantwortung oder am Ende sogar globale Verantwortung übernehmen?

Gleichzeitig wurde die NATO auf inzwischen 28 Mitgliedsstaaten erweitert. Weitere Kandidaten stehen vor der Tür. Dieser Prozess hat schwierige Konflikte mit Russland ausgelöst. Im Falle der Aufnahme der baltischen Staaten als ehemalige Sowjetrepubliken konnten die sich abzeichnenden Spannungen mit Russland durch die Gründung des NATO – Russland – Rates aufgefangen werden. Die Krise spitzte sich im Falle Georgiens und der Ukraine zu und endete im Falle Georgiens in einem heißen Fünf – Tage – Krieg. Die

Entscheidung von Präsident Bush, Raketenabwehrsysteme in Polen und in der tschechischen Republik einzurichten, haben die Beziehungen zu Russland weiter erschwert. Russland sieht sich in seiner Sicherheit bedroht. Wir würden einen entscheidenden Fehler begehen, das russische Sicherheitsbedürfnis nicht ernst zu nehmen.

2. Nach der Erweiterung der NATO erfolgte die Erweiterung der EU auf 27 Mitgliedsstaaten. Auch hier stehen weitere Mitgliedsanwärter vor der Tür. Parallel wurde die Politik der Vertiefung der Integration mit der Vollendung des Binnenmarktes, der Wirtschafts- und Währungsunion und der ersten Schritte zur Politischen Union fortgesetzt und sogar intensiviert.

Die Etappen sind bekannt: der Vertrag über die Europäische Union vom Februar 1992 in Maastricht, der Vertrag vom Juni 1997 von Amsterdam, der Vertrag vom Februar 2001 von Nizza und der Vertrag von Lissabon vom Dezember 2007, dessen Ratifizierung noch aussteht. Alle diese Verträge haben das Ziel, die Integration zu vertiefen, die Institutionen angesichts der Vielzahl der Mitgliedsstaaten zu restrukturieren und die Entscheidungsprozesse zu verbessern.

Die Europäische Union musste also seit den neunziger Jahren zwei Prozesse gleichzeitig gestalten: die Vertiefung und die Erweiterung. Es ist deshalb nicht überraschend, dass diese Entwicklung die Diskussion auslöste, ob es nicht klüger gewesen wäre, erst zu vertiefen und dann zu erweitern. Aus meiner Sicht gab es aber aus politischen Gründen diese Alternative nicht. Die Erweiterung war und ist eine historische Chance, die wir nicht versäumen durften. Sie erzwingt aber zugleich die Anpassung der Institutionen und der Entscheidungsprozesse. Das ist schwierig, das bleibt schwierig, aber das war schon vorher bei nur sieben Mitgliedsstaaten schwierig.

Es ist deshalb nicht überraschend, dass die Geschichte der EU von einer Vielzahl von Krisen geprägt ist. Das wird auch in Zukunft so sein. Aber jede Krise hat zu Fortschritten in die richtige Richtung der Integration geführt. Deshalb bin ich ein Anhänger von Krisen in der EU.

Dennoch bleiben zwei Schlüsselfragen unbeantwortet: (1) Wie groß soll und kann die EU werden? (2) Was soll das Ziel der Integration sein? Die meisten Politiker weichen diesen Fragen aus. Sie wollen die Antwort der zukünftigen Entwicklung überlassen. Andere geben Teilantworten, wer noch Mitglied werden soll und wer nicht. Bestimmte politische Bereiche wie z.B. die Außen- und Sicherheitspolitik sollen vergemeinschaftet werden, andere politische Felder nicht. Andere wollen mehr oder weniger nur eine gemeinsame Freihandelszone wie vermutlich Präsident Klaus und die britische Conservative Party; andere wollen ein Europa der Nationen, was immer das ist, andere – meistens nur Außenseiter wie ich – wollen die Vereinigten Staaten von Europa. Das stand übrigens bis 1990 im CDU – Parteiprogramm. Die Vereinigten Staaten von Europa müssten und sollten aber auch keine Kopie der USA sein.

Kein Wunder, dass die Bürger in unseren Ländern unsicher sind, was die Politiker mit der EU vorhaben. Hinzu kommt, dass Entscheidungen im Europäischen Rat bei 27 Mitgliedsstaaten fast immer einen Kompromisscharakter haben. Deshalb ist es nicht überraschend, dass die gleichen Politiker, die diese Entscheidungen treffen, nach Rückkehr in ihre nationalen Parlamente ihre eigenen Entscheidungen häufig kritisieren. Dann wundern sie sich auch noch, dass die Bürger gegenüber der EU kritisch eingestellt sind und der Europawahl fernbleiben. Die meisten Richtlinien, die in Brüssel erlassen werden, sind keine Erfindungen der dortigen EU – Beamten sondern in der Regel von den nationalen Regierungen, von Landes – und Provinzregierungen bis hin zu Wirtschaftsverbänden veranlasst worden. Die Verärgerung der Bürger, die die Politiker in der Regel selbst hervorgerufen haben, wird dann noch zum Anlass genommen, Volksabstimmungen zu verlangen. Das ist eine richtige Chuzpe!

Dennoch: Die EU ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Sie ist ein Faktor der politischen Stabilität, des Friedens, der Freiheit, des Wohlstandes und der Sicherheit in Europa. Sie ist heute zum Vorbild für viele Regionen in der Welt geworden. Daran müssen wir die Bürger immer wieder erinnern.

3. Was ist aus der „Pariser Charta für ein neues Europa“ und dem KSZE – Prozess geworden? Am 1. Januar 1995 wurde die KSZE in OSZE unbenannt. Sie sollte von Anfang an zu einer regionalen Abmachung werden, wie sie Kapitel VIII der UN – Charta vorsieht. Die

OSZE sollte also ein System kollektiver Sicherheit in Europa entwickeln und jeweils im Auftrag der UN in Konfliktfällen eingreifen. Doch die UN beklagt bis heute, dass die Rechtsnatur der Beziehung zwischen OSZE und UN nicht geklärt sei.

Die 56 Teilnehmerstaaten haben gemeinsame Gremien und Organe eingerichtet. Es gibt einen jährlichen Außenministerrat, einen Außenminister als ständig wechselnden Generalsekretär, ein Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, einen Hohen Kommissar für nationale Minderheiten, einen Beauftragten für die Freiheit der Medien und anderes mehr. Damit liegt der Schwerpunkt der Tätigkeit der OSZE bei den Menschenrechten. Damit ist die OSZE für Russland in erster Linie ein Instrument der Einmischung in die inneren Verhältnisse der Mitgliedsstaaten geworden. Die Klage Russlands mag uns wenig kümmern. Besorgt sollte uns jedoch machen, dass wir dem eigentlichen Ziel einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung nicht näher gekommen sind.

Es war deshalb nicht überraschend, dass der russische Präsident Dmitri Medwedew in einem Vortrag im Juni 2008 in Berlin eine „Europäische Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok“ vorgeschlagen hat. Russland hat inzwischen mehrere Prinzipien als möglichen Inhalt eines Vertrages genannt, aber blieb bewusst vage. Auf diese Weise wollte die russische Führung verhindern, dass Ihre Initiative vom Westen sofort „vom Tisch geschleudert“ würde, wie ein russischer Politiker zu mir sagte. In der Tat haben die westlichen Regierungen lange nicht oder nur zögerlich und sehr allgemein reagiert. Der Vorschlag sei zu vage, war der Vorwurf. Inzwischen haben Präsident Obama und Präsident Medwedew eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingerichtet. Wir Europäer warten wieder einmal ab. Es scheint ja für uns besser zu sein, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden anstatt mitzuwirken.

4. Parallel zu allen diesen politischen Prozessen seit Anfang der neunziger Jahre gewann die Globalisierung der Wirtschaft fast unbemerkt neue Dynamik. Verantwortlich sind eine Vielzahl von Faktoren: mit China, Indien und Osteuropa traten rund 2,5 Mrd Menschen in den Weltmarkt ein. Die Gründung der WTO mit jetzt über 150 Mitgliedsstaaten brachte einen neuen Schub für den Welthandel. Dazu kam die Regionalisierung der Märkte, die weltweit offenen Finanzmärkte, die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, neue Logistiksysteme etc. Die Globalisierung der Wirtschaft ist und bleibt Realität. Wir müssen uns nur darauf einstellen und sie mitgestalten.

Die gegenwärtige weltweite Finanzkrise und Rezession muss ja dem letzten Bürger die Augen darüber geöffnet haben, wie sehr wir zur einen Welt geworden und in welch' hohem Ausmaß wir voneinander abhängig geworden sind. Nationalstaaten können ihre nationalen Probleme und Aufgaben nicht mehr allein auf nationaler Ebene lösen.

Jeder Staat ist heute auf internationale Zusammenarbeit angewiesen, wenn es wirtschaftliches Wachstum, Arbeitsplätze und damit Wohlstand und soziale Gerechtigkeit erreichen will. Wie wollen wir unsere Umweltprobleme lösen, innere Sicherheit, Energiesicherheit erreichen, Forschung und Wissenschaft, Bildung und Ausbildung auf Weltniveau bringen, wenn wir nicht den internationalen Austausch pflegen? Wer heute in unserer Welt einem Nationalismus huldigt, macht sich an der Zukunft unserer Bürger schuldig!

5. Bereits 1991 hat der amerikanische Präsident Bush die internationale Gemeinschaft aufgefordert, über eine neue Weltordnung nachzudenken. Nach dem Ende der bipolaren Weltordnung zweier Weltmächte mit ihren jeweiligen Bündnissystemen stand die Frage unmittelbar auf der internationalen Tagesordnung. Doch Bush blieb ohne Resonanz.

So entwickelte sich eine neue Weltordnung mehr oder weniger von selbst: eine unipolare Welt mit einer Weltmacht, den USA. Erst Anfang dieses Jahrhunderts, gefördert durch die militärische Intervention der USA im Irak und in Afghanistan, begannen vor allem Russland, China und auch Indien über die Notwendigkeit einer multipolaren Welt zu sprechen. Es ist offensichtlich, dass wir uns in diese Richtung bewegen. Neben den USA wird auch Brasilien noch als möglicher Pol genannt. Doch wo bleiben die Europäer in diesem Spiel? Die EU mit fast 500 Mio Menschen hat das Potential eines Pols, wenn wir endlich in der Lage wären, mit einer Stimme zu sprechen und unsere Interessen weltweit gemeinsam einbringen würden. Wollen wir das oder sollen andere über uns bestimmen? In einer multipolaren Welt verfügt

kein einziger Mitgliedsstaat der EU für sich allein das Gewicht, eine aktive Rolle zu spielen. Wir können natürlich versuchen, in einem Art Naturschutzpark zu überleben.

Aber denken wir an unsere eigenen Erfahrungen in der europäischen Geschichte. Im 18./19.Jh. gab es in Europa wichtige Pole, die ständig über eine Politik des Gleichgewichts in einer Machtbalance gehalten werden sollten. Diese Politik mündete ein in zwei Weltkriegen. Eine multipolare Welt muss deshalb keine sichere Welt sein. Aber gerade deshalb sollten wir ein mitverantwortlicher Akteur sein und nicht zum Spielball anderer Interessen werden.

Damit stellt sich am Schluss die Frage nach der Rolle Deutschlands und Mitteleuropas sehr konkret. Ich will nur auf einige zentrale Themen eingehen:

1. Gerade die neuen Mitglieder der EU sollten sich Gedanken darüber machen, welches Ziel wir mit der EU erreichen wollen. Sollen wir mit der Vertiefung der Integration vorangehen oder das Erreichte konsolidieren? Sollen die, die eine föderative Union wollen, vorangehen dürfen, aber offen bleiben für alle anderen, sollten diese sich zu einem späteren Zeitpunkt anschließen wollen? Sollen wir also ein Europa mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten ermöglichen, wie es mit der Einführung des EURO oder beim Schengen – Abkommen bereits praktiziert wird? Die mitteleuropäischen Staaten sollten den Mut haben, gemeinsam eigene Initiativen zu entwickeln und Verbündete in der EU zu suchen. Deutschland wäre dafür sicherlich der wichtigste Partner.

2. Die mitteleuropäischen Staaten und Deutschland müssten ein gemeinsames Interesse an einer EU haben, die in der Außen- und Sicherheitspolitik mit einer Stimme spricht. Allein schon geographisch sind wir mit gefährlichen Sicherheitsrisiken konfrontiert: mit der Diktatur in Weißrussland; mit den Konfliktherden Republik Moldau / Transnistrien – Georgien – Ukraine – Armenien / Aserbeidschan: Nagorny Karabach – Zentralasien – Balkan – Mittelmeerraum. Frankreichs Interesse richtet sich vorrangig auf den Mittelmeerraum. Sarkozys Initiative, die Mittelmeer – Union zu reaktivieren, hat das deutlich gemacht. Warum einigen wir uns nicht auf eine Arbeitsteilung in der EU? Deutschland, Mittel- und Nord - Europa engagieren sich vorrangig in Osteuropa und Frankreich im Mittelmeerraum.

3. Unser gemeinsames Interesse müsste sich vorrangig auf Russland richten. Wie entwickeln wir zukünftig die Beziehungen mit Russland? Die EU und Deutschland sprechen von einer strategischen Partnerschaft. Das ist bisher eine inhaltslose Formel geblieben. Die EU verhandelt gegenwärtig einen neuen Vertrag über Partnerschaft und Zusammenarbeit mit Russland. Der letzte Vertrag blieb blutleer. Haben wir jetzt eine gemeinsame Strategie? Sollten wir nicht ein besonderes Vertragsverhältnis zwischen der EU und Russland anstreben? Wir könnten mit einer gemeinsamen gesamteuropäischen Freihandelszone beginnen. Der vormalige EU – Präsident Romano Prodi hatte Präsident Putin bereits einmal einen solchen Vorschlag gemacht, ihn aber nicht weiter verfolgt. Wenn Deutschland und Mitteleuropa gegenüber Russland nicht die intellektuelle Führung übernehmen, wird es sonst keiner tun. Frankreich, Großbritannien oder Spanien sind an Russland nicht sonderlich interessiert, Italien nur wirtschaftlich.

4. Russland versteht sich als Teil Europas. Wie integrieren wir Russland? Wir können die vorhandenen Strukturen nutzen, um Russland einzubinden. US – Präsident Bill Clinton hatte bereits Präsident Boris Jelzin schriftlich und mündlich die Mitgliedschaft in der NATO angeboten. Für Jelzin kam das Angebot zu früh. Inzwischen haben wir den NATO – Russland – Rat. Bundeskanzlerin Angela Merkel schlug mehrfach vor, die Beziehungen zwischen der NATO und Russland weiter zu entwickeln. Wie das aussehen soll, ist bisher nicht beantwortet. Der polnische Außenminister Andrej Sakorski erklärte in einem Interview in Deutschland, dass er sich eine NATO – Mitgliedschaft Russlands durchaus vorstellen könne. Mittelfristig könnte das aus meiner Sicht ein Ziel sein.

5. Wenn wir Russland nicht stärker in die vorhandenen europäischen Strukturen einbinden wollen, dann müssen wir über Alternativen nachdenken. Präsident Medwedew hat den bereits angesprochenen Vorschlag eines neuen Vertrages über eine europäische Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok auf den Verhandlungstisch gelegt. Anstatt auf die weitere Konkretisierung seitens Russlands zu warten, wäre es klüger, dass wir selbst in der EU oder

in der NATO konkrete Vorschläge erarbeiten, wie eine solche Friedens – und Sicherheitsordnung aussehen sollte. Die Offensive ist immer besser als die Defensive. Und wer, wenn nicht die Mitteleuropäer und die Deutschen wären besser geeignet, einen Vorschlag zu erarbeiten?

Wir sollten uns nicht auf die USA verlassen. Präsident Obama muss vorrangig seine innenpolitischen Probleme in Angriff nehmen. Seine Agenda ist riesig: Überwindung der Finanzkrise und der Rezession, eine extreme Verschuldung, hohe Arbeitslosigkeit, die Gesundheitsreform, eine Bildungsreform, marode Infrastruktur, Klimawandel. Im nächsten Jahr finden Kongresswahlen statt und für die zählen nur innenpolitische Erfolge.

Außenpolitisch werden weder die EU oder Russland im Mittelpunkt des amerikanischen Interesses stehen sondern Afghanistan und China. Vize – Präsident Joe Biden sagte dieser Tage, Russland sei schwach.

Und die EU kann sich nicht einigen. Sie tut sich mit der Unterstützung in Afghanistan schwer. Warum also sollten die USA ihr außenpolitisches Hauptaugenmerk auf die EU und Russland legen. Das heißt aber, dass wir uns um unsere Interessen in Europa und zwar in Gesamteuropa vorrangig selbst kümmern sollten.

Das ist kein Grund zur Sorge. Gerade wir Europäer haben Anlass zur Dankbarkeit. Nach der friedlichen Revolution haben sich für uns Chancen eröffnet, von denen Generationen vor uns nicht einmal zu träumen wagten. Wenn wir diese Chancen nutzen wollen, brauchen wir jetzt Politiker, Wirtschaftsführer und gesellschaftliche Eliten mit historischem Verständnis, mit Weitblick, mit der Fähigkeit, konzeptionell und strategisch zu denken, mit Mut zu entscheiden und zu handeln. Jeder von uns ist aufgefordert, mitzuarbeiten an einer friedlichen Zukunft Gesamteuropas in Freiheit und Sicherheit. Was die Ackermann Gemeinde seit Jahren im Kleinen tut, ist ein wichtiger Baustein für Frieden und Verständigung zwischen zwei europäischen Völkern, die sich wechselseitig viel zu verdanken haben, die sich aber auch bitteres Leid zugefügt haben. Arbeiten wir für eine gemeinsame glückliche Zukunft unserer Völker in einem geeinten und freien Europa.